

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
24 (1910)**

85 (13.4.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-531063](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-531063)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feierlichen Festtagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einjährig 75 Pfg., bei Selbstabholung 85 Pfg., durch die Welt bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate werden die fünfspaltige Korpuszeile oder deren Raum für die Inserenten im Rühringen-Wilhelmshafen und Umgegend, sowie der Plätschen mit 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Überzahlungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Vant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshafen. Filiale in Heppens: Ulmenstraße 21. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Vant, Mittwoch den 15. April 1910.

Nr. 85.

## Ein Ruhmestag des preussischen Volkes.

Der Eindruck der gewaltigen Kundgebungen vom letzten Sonntag spiegelt sich diesmal in der bürgerlichen Presse Berlins vielleicht noch stärker wieder als in den sozialdemokratischen Zeitungen, ja bis weit in den reaktionären Blätterwald hinein klingen Stimmen des Staunens und der Bewunderung vor der Macht der Masse und vor ihrer wunderbaren Disziplin. Solche bürgerliche Stimmen sind wertvollere Zeugnisse für die Größe des Tages als irgend etwas, was von sozialdemokratischer Seite dazu erbracht werden kann. Uns Sozialdemokraten hat der 10. April wohl erfüllt, was wir erwarteten, wir kennen die Massen, wir kennen den Geist, der sie befeuert, und die Formen, in denen sie ihre Gefinnungen zu tätigen Pflegen. Darum ist den anderen, den bürgerlichen Beobachtern, der Aufmarsch der Arbeiterbataillone in noch höherem Maße zum inneren Erlebnis geworden als uns, denn sie haben am 10. April eine Welt erblickt, die sie noch nicht kannten, und die Entdeckung drängt ihr Denken und Fühlen in neue Bahnen. So kommt es, daß sich z. B. selbst in der ultrarationalen Zeitschrift „Kritik“ dem Berichterstatter wieder Willen das Bestimmnis von den Lippen ringt:

Die Haltung der Menge ist musterhaft, imponierend. Niemand, auch der ihrer Sache fremdeste Beobachter nicht, kann sich wohl ganz der Suggestion entziehen, die diese Hunderttausend durch ihre Haltung ausstrahlen. . . . Die Organisation, die sie hierhergeführt hat, die sie hier beinahe mühelos und nachher wieder ruhig auflöst, die ist etwas, ein gewaltiges Werkstück zum Gedenken und Schlimmen. Der Reichsbote, das Organ der orthodoxen Theologie erklärt:

Die Sozialdemokratie steht auf dem Gipfel ihrer Macht. Millionen von Arbeitern folgen ihren Anordnungen und Befehlen; auf ihr Kommando würden getreten in allen Geschäften Demonstrationenverfammlungen zur Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag abgehalten. Sie sit mit ihrer alle Verhältnisse umfassenden Organisation ein Staat im Staate geworden und die Staatsgewalt hängt an, wie der Vorgang des Berliner Polizeipräsidenten zeigt, vor ihrer autoritativen Macht dem Rückzug angetreten. . . . Aber die Volksmassen beherzigt und sie organisiert, der hat die Macht. . . . !

Die Deutsche Tageszeitung kann sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß die Polizei so etwas duldet. Sie überschreibt ihren Leitartikel „Auf schiefer Ebene!“ Auf diese schiefe Ebene soll die preussische Regierung geraten sein, indem sie ihren ungeschlichen Widerstand gegen sozialdemokratische Massendemonstrationen aufgab. Dabei berüchtete „schiefe Ebene“ hat schon einmal in einer Debatte über Straßendemonstrationen eine große Rolle gespielt, nur war es damals Justiz Bälows, der behauptete, die Sozialdemokratie sei auf sie geraten. Und jetzt?

Unders als aus den reaktionären Blättern klingt natürlich das Echo des großen Tages aus dem wohlrechtsfreundlichen Teil der bürgerlichen Presse Berlins.

Die Welt am Montag bezeichnet den Verlauf der Kundgebung als „eine Leistung, die in der ganzen Welt Staunen und Bewunderung für unsere Arbeiterschaft werden muß.“ „Der gestrige Tag“, meint sie weiter, „wird in der Geschichte Preussens ewig unvergessen bleiben!“

Die Berliner Volkszeitung spricht von dem „glorreichen Verlauf“ der Kundgebung und nennt den 10. April 1910 „einen Ruhmestag des preussischen Volkes.“

Das Berliner Tageblatt fordert die Fortschrittspartei auf, in den Wahlrechtskampf energischer als bisher einzugreifen, und fährt dann fort:

Das Wort von der angeblichen Bedeutungslosigkeit der Wahlrechtsdemonstrationen ist die dümmste Phrase, die man sich denken kann. Massenkundgebungen haben immer gewirkt, auch in den Zeiten, in denen sich das Volk nur von dunklen Gefühlen leiten ließ. Wieviel mehr müssen sie heute wirken, wo wenigstens die meisten der Teilnehmer solcher Demonstrationen durchaus wissen, was sie wollen. . . . So wenig die Polizei dem Weina verbieten kann, Feuer und Laas zu spielen, so wenig sie dem gallischen Rometen eine neue Bahn vorschreiben kann, so wenig läßt sich die Wille eines großen und mündigen Volkes durch Polizeiverordnungen niedergebungen. Das hat sich bereits bei der Durchsetzung der Verfammlungen unter freiem Himmel gezeigt, es wird sich auch bei der Durchsetzung des freien Wahlrechts in Preußen zeigen.

Solchen Stimmen, den feindlichen wie den feindlichen, bleibt uns kaum etwas hinzuzufügen übrig. Zwar ist es leider nicht wahr, daß die Sozialdemokratie auf dem Gipfel ihrer Macht steht, bis dahin hat sie noch einen weiten, schwierigen und vielleicht stellenweise gefährlichen

Weg zu durchschreiten. Aber sie wird ihn gehen, daran zweifelt die Welt heute weniger denn je. Unsere Taktik hat sich wohl bewährt, sie hat uns einen gewaltigen, aber noch nicht den endgiltigen Erfolg gebracht, auch dieser kann uns — welche Belästigung auch der Anmarsch lassen mag — auf die Dauer nicht ansiedeln. Klarer denn je hat sich gezeigt, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden, drum heißt es: Nun aber weiter!

### Der 10. April in der Großperspektive.

Während die übige Berliner Presse ohne Unterschied der Partei, wenn auch natürlich von verschiedenen Gesichtspunkten aus, die große Bedeutung des Wahlrechtstages anerkennt, finden sich immerhin zwei Blätter, die für die Kundgebung der Volksmassen nichts anderes als einen Haufen unaunderer Epöche übrig haben. Das sind die Kreuzzeitung, das maßgebende Organ der Konserwativen und die Germania, das Zentrumblatt. Also ausgerechnet das Berliner Organ einer Partei, die mit frecher Stirne behauptet, sie sei für das gleiche Wahlrecht in Preußen, während sie diese Wahlrechtsforderung schändlich vertritt, gerade dieses schwarze Blatt muß die größte Kundgebung für das gleiche Wahlrecht, die die Welt je gesehen hat, in schmerzgeheuliger Weise beschimpfen und begehen. Die Germania bringt es fertig, auszufragen:

Soweit sind wir glücklicherweise denn doch nicht, daß bei uns Streikdemonstrationen und Massenverfammlungen den Gang der Politik bestimmen.

Ein würdiger Standpunkt für das führende Blatt einer „demokratischen Partei!“ Und weiter meint die Germania:

Wenn das von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses Beschlossene Gesetz wird, so werden wir zwar noch lange kein vollkommenes Wahlrecht haben, aber doch eine Besserung des bisherigen Zustandes, bei dem man sich einigmaßen beruhigen kann, und mit dem sich auch die große Mehrheit des Volkes bald zufrieden geben wird.

Also, die Mehrheit des Volkes soll sich mit dem Nachwert des schwarzen Stodes „zufrieden geben.“ Demühter kann garnicht ausgesprochen werden, daß das Zentrum mit den Linken zusammenarbeitet, nicht um eine wirkliche Wahlreform zu erwandigen, sondern um sie zu verhindern.

Die Kreuzzeitung, die wärtige Gefinnungsdumpe der Germania, betrachtet die Demonstrationen des Sonntags von der Höhe konserwativer Staatsgefinnung aus. Ihr Bericht gipfelt in der ungeschlichen Verfammlungsbeobachtung, die sie im Treptower Park gemacht haben will:

Da es natürlich an besonderen Dertem fehlte, spielte sich alles in der breitesten Öffentlichkeit ab.

Auch ein Standpunkt, die Dinge der Welt zu betrachten. Aus der Großperspektive, um es noch höflich auszudehnen!

### Erziehung zur Gehehlichkeit.

Nach dem glänzenden Verlauf der Massendemonstrationen vom letzten Sonntag darf man die alte Polizeipraxis, die in jeder sozialdemokratischen Kundgebung eine durch Verbot zu behebende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickte, als endgiltig abgetan betrachten. Die Erziehung der Behörden zu einer vernünftigen Gehehlichkeit ist aber mit der Entkämpfung der Verfammlungsfreiheit noch lange nicht vollendet. Noch immer glauben die Polizeibehörden in Berlin und anderwärts einen Unterschied zwischen Verfammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen machen zu dürfen; die ersten sollen für die öffentliche Sicherheit ungefährlich und erlaubt sein, während die zweiten noch als „gefährlich“ gelten und verboten werden. Nach § 7 des Reichsverordnungsgegesetzes darf die Genehmigung eines Aufzuges nur dann verweigert werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, die Behörde ist also verpflichtet, einem Aufzuge, dessen ruhiger, geordneter und gefahrloser Verlauf voranzuzusehen ist, die Genehmigung zu erteilen.

Noch leiserer nimmt es sich an, wenn man die Behörden die Genehmigung von Massenmeetings oder Aufzügen von der Bedingung abhängig machen, daß keine Abzeichen getragen, keine Fahnen eingesetzt werden dürfen. Es mag tatsächlich richtig sein, sich gelegentlich solchen „Bedingungen“ zu fügen, da schon in der bedingten Zulassung von Verfammlungen und Aufzügen im freien ein großer Fortschritt gegen früher zu erkennen ist. Grundständig muß aber daran festgehalten werden, daß die Behörde nicht berechtigt ist, die Genehmigung von solchen „Bedingungen“ abhängig zu machen. Durch das Tragen von Abzeichen und Fahnen wird eine Verfammlungsform ein Aufzuge, der ungefährlich für die öffentliche Sicherheit und daher zu genehmigen ist, nicht zu einer gefährlichen Unternehmung, das verboten werden kann. Die Veranstaltung von Aufzügen mit Fahnen von beliebiger

Farbe muß von der Behörde genehmigt werden, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt.

Die bisherigen Erfolge der Massentatist lassen uns nicht daran zweifeln, daß es ihn gelingen wird, die beherrschende Willkür des Polizeistaats aus aus ihren letzten Schlußwinkeln zu vertreiben. Einem Volke aber, daß sich noch nicht demokratisch registrieren Willkür überläßt, wird man auch die übrigen Grundrechte der Demokratie, vor allem das freie Wahlrecht, nicht lange mehr vorenthalten können.

### Herr v. Jagow gegen die Presse der Scharfmacher.

Der Berliner Polizeipräsident, der wegen seines „Unfalls“ von der bürgerlichen Presse aller Schattierungen sehr stark angegriffen wurde, sieht sich zu einer Verteidigung genötigt. Er schreibt:

„Dem Polizeipräsidenten wird von einem Teile der Presse Gefährdung der Staatsautorität durch „Unfall“ vorgeworfen, von dem anderen Teile nachgerühmt, daß er den „Weg nach Damaskus“ gegangen sei.

Der Tatbestand ist folgender: Zum 6. März war einseitig für Aufzüge auf öffentlichen Straßen und öffentliche Verfammlungen unter freiem Himmel die politische Genehmigung nachgeholt worden. Der Polizeipräsident befuhrte aus den Aufzügen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und verlegte daher die Genehmigung überhaupt. Zum 10. April wurde lediglich die Genehmigung für öffentliche Verfammlungen unter freiem Himmel nachgeholt. Es war dies für Berlin der erste derartige aus schließlich Antrag seit Beistehen des Reichsverordnungsgegesetzes vom 19. April 1908. Nach dessen § 7 darf die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Verfammlungen Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.“ Der Polizeipräsident stellte sich auf den Standpunkt, daß zunächst Gefahr nur aus etwaigem Gedränge zu befürchten sei. Wenn die demokratische Genehmigung für den Humboldthain anfangs die Zahl von 50—60 000 nannte, eine Zahl, welche dem Polizeipräsidenten von vordereit reichlich hoch erschien, aber von ihm nicht nach oben, sondern nur nach unten nachzurufen war — so ergab sich daraus nach Feststellung der Ordnungserhältnisse des von der Stadt zur Verfügung gestellten Spielplatzes Gedrängegefahr. Ging dann der zweite Antrag von einer weit niedrigeren Zahl aus und war der Polizeipräsident von der Möglichkeit letzterer überzeugt, so lag für ihn kein Grund vor, die Genehmigung zu verweigern. Daher wurde die Genehmigung erteilt. Daß dies polizeilich richtig war, hat der Sonntag erwiesen; denn es blieben noch so große Stücken des Spielplatzes im Humboldthain verfammlungslos, daß man Kinder darauf spielen sah. (?)

Siernan kann weder von „Unfall“ noch von „Weg nach Damaskus“ die Rede sein, sondern es hat einfach das Reichsverordnungsgegesetz im gautesten Sinne des Gehegebedes Anwendung gefunden.

Im übrigen mögen diejenigen, welche Gefährdung der Staatsautorität behaupten, nicht außer Acht lassen, daß die Aufhebung einer Verfammlungen im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens ganz gewiß nicht der Wehrung der Staatsautorität gedient hätte.“

### Auf höhere Weisung.

Wie die Königsberger Allgemeine Zeitung von „zuverlässiger Seite“ erfahren haben will, ist der Umhangung in dem Verhalten des Polizeipräsidenten v. Jagow auf ein dringendes Eingreifen des Reichszensors zurückzuführen. Die früheren Verbote des Berliner Polizeipräsidenten waren im Einverständnis mit dem Minister des Inneren v. Nolke ergangen. Diese Nachricht wird von der Deutschen Tageszeitung bestätigt. Ob der Ministerpräsident eingegriffen hat, entzieht sich zwar ihrer Kenntnis, es könne aber als sicher angenommen werden, daß die Polizeibehörde sich unmittelbar oder mittelbar mit dem Ministerpräsidenten ins Benehmen gesetzt habe.

## Politische Rundschau.

Vant, 12. April.

### Das Reichs-Wertzuwachsteuergegesetz.

Dem Reichstoge ist nunmehr der Entwurf eines Reichs-Wertzuwachsteuergegesetzes zugegangen. Die Regierung wünscht eine Verabredigung des Entwurfes noch vor der Verfammlungen des Reichstoges.

Der Entwurf sieht nur eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vor, während von der Besteuerung des Wertzuwachses bei Wertpapieren abgesehen

Ht. Im allgemeinen haben die Wünsche, die bei der Einführung der Reichsfinanzreform geäußert wurden, Befriedigung gefunden. Die neue Steuer soll einen Reinertrag von 30 Millionen Mark abwerfen.

Die Wertzuwachssteuer soll beim Verkauf der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die 6 Prozent der Steuer an das Reich abführen. Die Steuerjahre sind nach der Weisheit abgeteilt. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgesehen. Die Grundzüge des Entwurfes weisen die gleichen Züge auf, wie bei den in den Kommunen geltenden Zuwachssteuern. Es soll der unerdiente Gewinn besteuert werden, der aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll von der Besteuerung frei bleiben. Die Steuererhebung erfolgt in den Städten durch die Kommunen, auf dem platten Lande durch die Kreise.

Für die Nichtführung einer Wertzuwachssteuer auf Mobilien werden folgende Gründe angegeben: Eine solche Steuer würde für den Besitzer eine unträgliche Last sein, den Besitzer lähmen und die Volkswirtschaft stark schädigen. Das ausländische Kapital würde ferngehalten, das deutsche Kapital ins Ausland getrieben werden. Auch befürchtet man, daß eine solche Steuer im Reichstage auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird.

Die Reichs-Wertzuwachssteuer bedeutet eine erhebliche Schädigung der Kommunen, die die Wertzuwachssteuer eingeführt haben.

**Deutsches Reich.**

**Auf Befehl des Landrats gemahregelt.**

Bei dem Gemeindevorsteher und Schlossmeister Julius Florisch in Gremsdorf, Kr. Bunzlau, arbeitete seit 1 1/2 Jahren der Schlossergeselle Paul Döring aus Gersdorf, Kreis Wittenberg, mit D. sehr zufrieden. Anfang März dieses Jahres forsbete er aber Döring, der in seiner Gewerkschaft den Posten eines Unterführers bekleidet, auf, aus der Gewerkschaft auszutreten. D. versprach, das zu tun, und ließ sich vom Vorstand seines Verbandes in Bunzlau seinen Austritt bescheinigen. Herr Florisch aber hatte wegen der Angelegenheit eine Vernehmung auf dem Landratsamt, wo man ihm mitteilte, er könne den Gesellen behalten, wenn dessen Austritt aus der Organisation der Wahrheit entspreche. Florisch glaubte, nun sei alles gut und er könne seinen brauchbaren Gesellen behalten. Um so erstaunter war er, als er eines schönen Tages den Befehl vom Landratsamt erhielt, Döring zu entlassen. Der Handwerkermeister war darüber so aufgeregt, daß er am liebsten kein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt hätte. Schließlich entließ er aber doch, dem Zwange gehorchend, den Gesellen, zeigte ihm aber den Brief vom Landratsamt. Der Entlassene ging nun auf das Landratsamt und stellte den anwesenden Beamten, Kreissekretär Niebel, wegen des Briefes zur Rede. Dieser bestritt zunächst, daß ein Schreiben an Florisch abgeschickt worden sei. Als ihm aber Döring vorhielt, daß er den Brief ja selbst geschrieben habe, gab der Beamte es zu. Auf die Frage Dörings, wie man dazu komme, arbeitswillige Leute auf die Landstrasse zu setzen, antwortete der Beamte, das sei Amtsgeheimnis. Weiter meinte er, Florisch dürfe als Gemeindevorsteher solche Leute nicht beschäftigen; am allerwenigsten hätte er den Brief zeigen dürfen. — Daß das Landratsamt nicht zum erstenmal den Scharfmachern solche Dienste geleistet hat, geht aus dem Umstände hervor, daß die Mahregelungsschreiben gedruckt sind. Auf der Rückseite muß der Empfänger sein Einverständnis bescheinigen und den Brief an das Landratsamt zurücksenden.

**Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.** Das Abgeordnetenhaus begann gestern die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnerverwaltung. In der Debatte, die sich zunächst nur um die finanztechnische Seite der Frage drehte, griff als Redner der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Borgmann ein, der die Notwendigkeit einer Trennung der Eisenbahnfinanz von den allgemeinen Staatsfinanzen betonte, damit die Eisenbahn nicht mehr ihrem Ansehen entfremdet wird. Im weiteren Verlauf der Debatte brachte Borgmann die Wünsche der Kontrahenten zur Sprache, die darauf gerichtet sind, die Eisenbahnen der übrigen Bundesstaaten allmählich aufzulösen und die Hoheitsrechte an Preußen zu übertragen. Auch das System der Sparsamkeit am unrichtigen Ort, sowie der Reisenden 3. Klasse getrieben wird, wurde von unfernen Rednern scharf kritisiert. Der Minister stellte einige vermeintliche Irrtümer von Borgmann richtig, dagegen ging er auf die von ihm berührten allgemeinen Fragen nicht ein. Ganz besonders auffällig muß es erscheinen, daß der Eisenbahnminister keine Ahnung davon hat, daß am Wahlrechts Sonntag, wo der Berliner Polizeipräsident den Spoziergang nach Treptow verbot, der Bahnhof Treptow gesperrt war. Borgmann hatte nämlich den Minister auf dies Verhalten aufmerksam gemacht und an ihn die Frage gerichtet, seit wann die Eisenbahnerverwaltung den Anweisungen des Berliner Polizeipräsidenten Folge zu leisten hat. Der Minister will angeblich erst weitere Erklärungen einholen. Wir sind gespannt, mit welcher Rücksicht er dann herorgetreten wird. Am Dienstag wird die Staatsberatung durch die Schlußabstimmung über die Wahlrechtsvorlage unterbrochen.

**Der kommende preussische Minister des Innern.** Wolte soll die Ministerkränkung bekommen. Die Schwendung der Polizei in der Frage der Wahrscheinlichkeiten kann die Kränkung leicht in ein akutes Stadium bringen, worauf auch die Tatsache hinweist, daß man sich bereits mit dem Nachfolger beschäftigt.

Wie aus Homburg gemeldet wird, ist der Regierungspräsident von Wiesbaden, von Reiter, der seit langem als persona gratissima beim Kaiser gilt, als Nachfolger von Rolles in Aussicht genommen. Reiter, der im 48. Lebensjahre steht, hat als Landrat in Homburg die Landesforschungen, namentlich den Wiederaufbau der Saarburg gefördert und ist dadurch dem Kaiser persönlich sehr

nabe gekommen. Auch die Veranstaltung der Taunuscennen ist zum großen Teil seiner Initiative zu danken. Persönlich soll Reiter eine sehr konstante Natur sein, der dem Hofe gegenüber nicht allzuviel Rücksicht zeigen dürfte.

**Gerichtliche Jungberräte.** Die parteiliche National-liberale Korrespondenz polemisiert aus Anlaß der Vorgänge auf dem Berlin-Brandenburger nationalliberalen Parteitag gegen die Kreuzzeitung und sagt dabei: „Recht hat die Kreuzzeitung darin, daß jungliberale Vereine sich häufig darin gefallen, durch unzeitige und ungewöhnliche Resolutionen in die schwebenden parlamentarischen Verhandlungen einzugreifen und daß sie dadurch den Ansehen erwecken, als ob sie den Fraktionen Direktiven geben wollten. Die Zustimmung dieses Vorgehens durch die Kreuzzeitung wird diesen Vereinen aufs neue klar machen, wie unangebracht derartige Vorstöße sind und wie wenig sie dem Interesse der Partei entsprechen. Die betreffenden Vereine werden sich deshalb auch nicht wundern dürfen, wenn gerade aus diesen Gründen ihre Beschlüsse die gewünschte Wirkung bei den parlamentarischen Fraktionen verfehlen.“

**Junger Oldenburg steht fest.** Aus dem Wahlkreis Elbing-Warenburg, der das Pech hat, von dem Junker Oldenburg im Reichstag vertreten zu werden, geht der Deutschen Tageszeitung eine Zusage aus, die sich mit der jüngst aufgestellten Behauptung befaßt, daß Oldenburg dort nicht wieder gewählt werde. Zugabe wird, daß in der industriereichen Stadt Elbing für den Junker nicht viel zu holen ist. Über das Land steht einmütig auf seiner Seite und dann heißt es:

Wer Herrn v. Oldenburg nur aus den Zeitungen kennt, der kann sich keine rechte Vorstellung von dieser ferndeutschen, ebenso temperamentvollen, wie lebenswürdigen Persönlichkeit machen, und der kann es auch nicht begreifen, daß man diesem Manne aus vollem Herzen zujubelt, wo er öffentlich auftritt. Wer diesen Mann aus unserem Wahlkreis glaubt verdächtig zu können, der dürfte bei den nächsten Wahlen gegenteilige Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit haben.

Wer die Manieren der Klaffengenossen des Januschauers kennt, der kann sich über diesen Jubel nicht wundern, schließlich auch darüber nicht, daß dort Kuppeltätigkeit als gleichbedeutend mit Lebenswürdigkeit gilt. Ob aber der Junker in diesem Kreise gar so felt ist, bleibt doch erst noch abzuwarten.

**Aus dem sächsischen Landtage.** In der Montags-Sitzung der Gesetzgebungsdeputation gab die Regierung die Erklärung ab, daß in der Frage der Reform der ersten Kammer sie keine Veranlassung habe, noch in dieser Session etwas zu unternehmen. In der vorigen Sitzung der Gesetzgebungsdeputation waren sämtliche Anträge abgelehnt worden, jedoch für keinen Antrag der Parteien eine Mehrheit vorhanden ist. Darauf hielt sich die Regierung. Sie konnte auch nichts in Aussicht stellen, in der nächsten Sitzung von sich einen Antrag vorzubereiten, dann ist die Reform der ersten Kammer auf lange Zeit vertagt.

In der Redaktionsdeputation wurde der Antrag unserer Fraktion auf Sicherung des Koalitionsrechts der Eisenbahner und Sicherung der Staatsbürgerrechte der Eisenbahner beantragt. Die Nationalliberalen werden nicht für den Antrag eintreten, wie sie durch ihren Berichterstatter erklären ließen, jedoch auch dafür eine Mehrheit nicht zustande kommen wird.

**Franreich.**

**Ministerpräsident Briand hat am Sonntag in St. Chamond in der Rheinsche seine angekündigte politische Rede vor ungefähr 1000 Personen gehalten.** Schon während er sprach, wurde der Ruf „Verärrt“ ausgetrieben und von der umherstehenden Menge die Fenster eingeworfen. Die Erregung wuchs, als ein Sozialist, der den Eintritt in das Versammlungsort erzwingen wollte, gewaltam entfernt wurde. Die Führer der angesammelten Menge gaben die Lösung aus, Briand am Ausgang aufzulauern. Die Freunde des Ministers hatten jedoch vorläufigerweise ihre Anstalten so getroffen, daß Briand ungehindert sein Automobil erreichen konnte. Der Polizeikommissar Rouvier forderte die Menge auf, ruhig abzugeben. Die Antwort wurde durch Abfeuern von Revolvergeschossen gegeben, von denen einer dem Kommissar eine lebensgefährliche Verletzung bebrachte. Während man den Kommissar in eine Apotheke brachte, dauerten die Schießerei und die Steinwürfe fort. Vier Polizisten erlitten Verletzungen.

**Italien.**

**Ein Ueberfall auf das Rentamt.** In Rislar wurde ein Ueberfall auf das Rentamt verübt, die Militärwache und einige Angestellte des Rentamts getötet. Die Höhe der geraubten Summe ist noch nicht festgestellt. Nach weiteren Meldungen aus Rislar erfolgte der Ueberfall auf das Rentamt durch eine Bande von dreißig Raufaktern. Die Militärwache leistete tapferen Widerstand. Fünf Soldaten, der Kassierer und der Rechnungsführer wurden getötet, ein Interoffizier tödlich verwundet. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt sieben.

**Verstärkung der Jubelgesetze.** Der Protest von 500 christlichen Handelsfirmen an den Generalgouverneur wegen der Waffenausweisungen der Juden aus Riew wurde vom Generalgouverneur in Riew zurückgewiesen und die Handhabung der Jubelgesetze weiter verstärkt.

**Spanien.**

**Die Neuwahlen in Spanien** werden aller Voraussicht nach im kommenden Monat stattfinden. Der Erlaß, der die jetzigen Cortes auflöst, wird dem König wahrscheinlich am Donnerstag dieser Woche zu Unterschrift vorgelegt und, falls er ihn unterzeichnet, am Freitag veröffentlicht werden. Damit wäre dann die lehnstlich erwartete Einlösung über die nächste politische Zukunft gesichert. Die Kongresswahlen werden dann voraussichtlich am 8. Mai, die Senatswahlen am 22. Mai vorgenommen, und die neue Session würde zwei Monate nach der Auflösung, wahrscheinlich am 14. Juni ihren Anfang nehmen.

**Gewerkschaftliches.**

**Die Handels- und Transportarbeiter von Wilhelmshaven-Nürtingen befinden sich im Streik. Zugang ist streng ferngehalten.**

**Zum Kampf im Baugewerbe.** Eine in Düsseldorf abgehaltene Versammlung der Arbeitgeberverbände für Rheinland-Westfalen hat sich einmütig für die Ausperrung zum 15. d. M. erklärt. Die Ausperrung dürfte ein Fiasko werden, weil bereits mit einer großen Anzahl von Verbänden nicht angehöriger Unternehmer eine Einigung stattgefunden hat. In Danzig will der Arbeitgeberbund am 15. d. M. etwa 2000 organisierte Bauarbeiter ausperren. — Streiks bezw. Ausperrungen sollen weiter in Mannheim, Formont, Sande a. Elbe, Wilsdorf, Burg auf Schwanen erfolgt sein. Ausperrungen für den 15. d. M. haben angeknüpft der Arbeitgeberverband für das Herzogtum Braunschweig, ferner für die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer, sowie für Mitteldeutschland. Das Stukaturgewerbe und das Dachdeckergerbe sind bereits in mehreren Orten in Mitteldeutschland gestreikt.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Leipzig und Umgebung hat am Montag mittig in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, am 15. April die Geschäfte für die organisierten Bauarbeiter zu schließen. Die 183 in Frage kommenden Bauhandwerke beschäftigen zwischen 6-8000 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. In Frankfurt a. M. kommen für die Ausperrung 5500 Bauarbeiter in Frage. Die Unternehmer haben die Ausperrung ebenfalls für den 15. April angeordnet, doch kommen nicht alle in Betracht, da ein Teil nicht dem Arbeitgeberverband angehört.

In Landau tagte am Sonntag eine Versammlung des Kreisverbandes pfälzischer Baugewerbe. Es wurde einstimmig beschlossen, am 15. April sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter in der Pfalz auszusperrten, ganz gleich, ob sie frei gewerkschaftlich oder christlich organisiert sind oder nicht. Ausgenommen von der Ausperrung sind nur Gernersheim, das keinen Tarif hat und Eberlingen und Speyer, deren Tarife noch ein weiteres Jahr Gültigkeit haben.

Bürgerliche Blätter berichten aus Berlin: Bis jetzt hatten die Maurer in Berlin noch keine Lohnforderung fixiert, weil es den Anschein hatte, als sei das Tarifmuster für ganz Deutschland unannehmbar. Da die Berliner Arbeitgeber aber in diesem Punkte mit sich reden lassen wollen, so ist zunächst die Forderung der Lohnforderungen notwendig geworden. Vorbedingung für eine friedliche Regelung der Sache ist, daß das Tarifmuster wesentlich abgeschwächt wird. Erst dann würde nach Ansicht der Arbeitnehmer über den Lohnpunkt geredet werden können. Die Arbeitnehmer würden eventuell auch einen dreijährigen Vertrag eingehen. Voraussichtlich wird man von Seiten der Arbeitnehmer im ganzen eine Lohnzulage von 7 1/2 % fordern. Der Stundenlohn würde dann am 1. April jeden Jahres um 2 1/2 % zu erhöhen sein, so daß vom 1. April 1912 als höchster Satz 82 1/2 % zu zahlen wären.

Die Ausperrung im Baugewerbe in Rheinland und Westfalen erstreckt sich nicht nur auf die organisierten, sondern auch auf die nicht organisierten Arbeiter. — Auf diese Art werden die Unorganisierten zur Vernunft gebracht.

Die bayrische Regierung hat Vermittlungsversuche angebahnt. Auf Veranlassung des Ministers v. Pobrenits wurden die Vertreter der bayrischen Bauorganisation zu einer Besprechung nach dem Ministerium eingeladen, in der sich die Regierung über die Möglichkeit eines Vergleiches informieren wollte. Die Organisationsvertreter erklärten sich bereit, bei den Vergleichsverhandlungen mitzuwirken, wenn sie auf der Basis des bisherigen Vertrages geführt werden. Der Vertreter der Regierung will sich mit dem Unternehmerverbände in Verbindung setzen. Am Dienstag soll dann eine weitere Sitzung stattfinden, in der die Regierung den Bescheid des Unternehmerverbandes mitteilen will.

**Locales.**

Sant, 12. April.

**Zänshungstaktik des Unternehmerverbandes im Baugewerbe.**

Die öffentliche Meinung wird in dem bevorstehenden Kampfe im Baugewerbe unzufrieden sehr stark mit den Arbeitern sympathisieren. Das wissen auch die Unternehmer. Sie wollen jetzt ihr schlechtes Gewissen salozieren und veruluchen, die öffentliche Stimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen, um das Recht im Tarifkampf auf ihre Seite zu dirigieren. Zu dem Zwecke verordnet der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die ihm nahe liegende Presse eine längere Darlegung, die seinen Standpunkt in der Tariffrage präzisiert. Das einer Besprechung der zwischen den Vertretern beider Parteien voraufgegangenen Beratungen werden in dem Artikel sodann die einzelnen Forderungen der Arbeitgeber erklärt und verteidigt.

Die Forderung auf zentralen Tarifabschluß soll die Gewähr für strikte Innehaltung der Verträge bieten und verhindern, daß kleine Zweigvereine Vertragsbrüche begehen. Mit dieser Forderung will sich der Arbeitgeberbund in Übereinstimmung mit den Schlichterämtern des Einigungsvereins vom Jahre 1908 befinden, wonach ein weiterer gebühlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen soll, durch einen Reichstakt die gesamten Arbeitverhältnisse im Baugewerbe zu ordnen. Tatsache ist, daß die Arbeiter diesen Vorstoß ablehnen, um den einzelnen Tarifabschlüssen zu erhalten. Die Arbeiter nach Leistungen zu entlohnen, soll der Gerechtigkeit entsprechen, da sonst der schlechte Arbeiter denselben Lohn bekäme, wie der tüchtige.

So der Arbeitgeberbund. Das ist natürlich Augenblickung für den Uneingeweihten. Die Tarife sehen Minimallohne fest, die für den Durchschnittsarbeiter gelten





**Bedeutend unter Preis!!**

Ein grosser Posten

**Uebergangs-Blusen**

aus feinen leichten Wollstoffen, meist moderne gestreifte Dessins, tadelloser Sitz, Ia. Verarbeitung in sehr grosser Auswahl.

Serie I Stück **4.50** Mk. Serie II Stück **5.50** Mk.

**Moderne Kostüm-Röcke**

aus Ia. und Qualitäten sowie Stoffen engl. Charaktere, schwarz- Weiss karierte Neuheiten usw. 18.50, 14.50, 12.50, 9.85, 7.85, 6.85, 5.65, 4.75, 3.85, 2.95 **1.95** z.

**- Schweizer Stickerei-Blusen -**

aus Ia. Wollbatist 2.95 aus reiner Wolle weiss und farbig 3.95

**Rest-Bestand Handtuch-Reste**

Ia. Qualitäten Mehr 10, 30 **20 Pf.**

**Restbestand Handtücher**

abgepasste, St. 60, 45, 30 Pf.

**J. Margoniner & Co.**

**Im Total-Ausverkauf**  
im Hause von Heins Fischhandlung, Bismarckstr.  
sollen außer den anderen noch vorräthigen Waren  
**ein Posten Fruchtsäfte, Süssweine**  
**und Konserven**  
zu extra billigen Preisen abgesetzt werden.  
**E. Singer.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Bant-Wilhelmschaven.

Donnerstag, 21. April, abends 8 Uhr  
in Sadevassers Tivoli in Heppens:

**Demonstrations-Vortrag**  
mit Lichtbildern

über Unfallverhütung und Arbeiterschutz  
in der Metall-Industrie.

Referent: Koll. Seb. Lauterbach-Stuttgart.

Kollegen! Wir empfehlen den Besuch dieses äußerst  
lehrreichen Vortrages auf das wärmste und erwarten, daß  
die Kollegen die Gelegenheit benutzen zur Information und  
Bereicherung des Willens.

Eintrittskarten sind zum Preise von 20 Pf. bei den  
Vertrauensleuten, sowie auf dem Bureau zu haben.  
**Die Ortsverwaltung.**

.... Gegründet 1896. ....  
**S. Janover**

neben Variété Adler. ::: Die ::: neben Variété Adler.

**Spezial-Betten-Abteilung**

ist bedeutend vergrößert worden und ist eine Befestigung meines  
Bettfedern-Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet. ....

Bettfedern und Dauen . . . pro Pfd. von 75 Pf. bis 6 Mk.

Inletts, garant. federdicht, in großer Auswahl, Näharbeit derf. gratis.

Betten werden auf Wunsch in jeder gewünschten Preislage angefertigt.

Hotel- und Logisbetten äusserst billig und dauerhaft.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**

Zahlstelle Bant-Wilhelmschaven.

Donnerstag den 14. April cr., abends 8.30 Uhr,  
beim Wirt Halweland, Grenzstraße 38:

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Die verfloßene Vertragsbewegung, die nächsten Aufgaben des Verbandes und die Beitragsfrage. Referent: Kollege A. Neumann-Hamburg.
3. Verbands-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Mittwoch den 13. April,

abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**

in Sadevassers Tivoli.

Tagesordnung u. a.: Wahl von zwei Delegierten zum außerordentl. Gewerkschaftstages. Inanbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Bürgerverein Bant.**

Donnerstag den 14. April,  
abends 8 1/2 Uhr:

**Monats-Versammlung**  
in Odesn, Nordstr.

Tages-Ordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Schlachthof-Angelegenheiten.
4. Ergänzungswahl d. Vorstandes.
5. Kommunale Angelegenheiten.
6. Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

**Banter Volkstüde.**

Mellumstraße.

Mittwoch: Weisheit mit Schweinefleisch.

**Herren-Sahrrad**

wenig gefahren, wegzugshalber sehr  
billig zu verkaufen.  
Heppens, Auguststr. 15, II z.



Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen  
das beste Waschmittel.  
1/2 P. Paket 15 Pfg.

**Zonophon-Schallplatten.**

Die neuesten Schläger zu 2 Mk. sind eingetroffen bei

G. Leubner, Musikgeschäft,  
Marktstraße 26a.

**Kartell-Kommission.**

Freitag den 15. April,  
abends 8 1/2 Uhr:

**Kombinierte Sitzung**  
der Gewerkschaftsvorstände,  
Kartelldelegierten und Bezirksführer  
bei Halweland, Grenzstr. 38.  
Jede Gewerkschaft und jeder Bezirk  
muss unbedingt vertreten sein.



Laut Beschluß der letzten Ver-  
sammlung soll eine

**Damen-Abteilung**

gegründet werden. — Damen von Vereins-  
freunden und Vereinsangehörigen, die gewillt sind, derselben  
beizutreten, mögen sich am **Mittwoch**  
den 13. April, abends 8 1/2 Uhr,  
zwecks näherer Besprechung im Ver-  
einssaal „Zur Stadt Heppens“,  
einfinden. **Die Kommission.**



**Todes-Anzeige.**

Am Montag den 11. April  
starb nach kurzer, bestiger  
Krankheit meine teure Gattin,  
meiner Kinder treuergebende  
Mutter

**Marie van Hove**  
geb. Hips

im 40. Lebensjahre. Um stille  
Teilnahme bitten

**Tide van Hove**  
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt  
am Donnerstag den 14. April,  
nachm. 3 1/2 Uhr, vom Sterbe-  
hause, Neuz Straße 2, aus.

Was nun?

Gegen die Ausführungen der Genossin Luxemburg, in denen die Auffassung vertreten wurde, daß zur Fortführung der preußischen Wahlrechtsbewegung der politische Massenstreik eingeleitet werden müsse, wendet sich in der neuen Zeit Genosse Rautsch.

Rautsch führt zunächst aus, daß es manche Gründe gebe, die gegen die Gesichtspunkte einer derartigen Disziplin im jetzigen Moment sprechen. Er sei dieser Diskussion auch lange aus dem Wege gegangen, er wolle ihr aber nun nicht länger ausweichen, weil es falsch ausgelegt werden könnte. Rautsch sagt weiter:

„Ob eine Disziplinierung der Frage des Massenstreiks zweckmäßig ist, hängt davon ab, in welchem Sinne man sie führt. Es kann sich hier nicht darum handeln, darüber zu diskutieren, ob der Massenstreik als Waffe für uns überhaupt in Betracht kommt. Diese Frage ist seit dem Jenaer Parteitag entschieden.“

Sollen wir aber in eine Diskussion darüber eintreten, ob der Massenstreik im jetzigen Augenblick Aussicht auf Erfolg bietet oder nicht? Eine solche Diskussion birgt nicht bloß die Momente darlegen, die für ihn, sondern auch jene, die gegen ihn sprechen; es hieße, beide gegeneinander abwägen. Geht es um die Verantwortlichkeit, so ist das gleichbedeutend damit, daß man dem Gegner die schwachen Punkte der eigenen Position mitteilt. Die ganze Diskussion wäre ebenso zweckmäßig, als wollte man einen Kriegssatz darüber, ob man dem Gegner eine Schlacht liefern soll, in Hörweite des Feindes abhalten. Wenn die Genossen unter sich diese Frage erörtern, kann es nur nützlich sein. Ich würde es aber sehr bedauern, wenn der Artikel der Genossin Luxemburg den Erfolg hätte, in der Parteipresse eine Diskussion zu entfachen, in der die eine Seite ihre Gründe für die augenblickliche Aussichtslosigkeit eines Massenstreiks auseinandersetzt. Sie müßte recht oder unrecht haben, ansonsten zur Aktion würde eine derartige Erörterung auf keinen Fall.

Auf diese Seite der Frage will ich daher nicht eingehen. Aber man kann hier noch eine andere Seite abgewinnen, und deren öffentliche Diskussion wird auf keinen Fall schaden. Genossin Luxemburg stellt die Behauptung auf, wir hätten nur die Wahl, den Massenstreik als nächstes Mittel der Massenkaktion der Partei zu wählen oder diese gänzlich zusammenzubrechen zu lassen. Danach wäre es also ein Gebot der Selbsterhaltung der Partei, den Massenstreik mit allen Mitteln schon für die nächste Zeit anzutreiben.

Wenn wir diese Auffassung teilen, dann brauchen wir freilich nicht zu erwägen, ob der Massenstreik im gegebenen Moment Aussicht auf Erfolg bietet, dann müßten wir ihn propagieren um jeden Preis, weil selbst die Niederlage besser wäre als tadelloses Kapitulieren vor dem Feinde.

Diese Frage ist es, die im folgenden untersucht werden soll.“ Rautsch will weiter erst Klärung schaffen, was unter Massenstreik verstanden werden soll. Man müsse einen bloßen Demonstrationstreik, wie er in der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung bereits vorgekommen sei, unterscheiden vom Massenstreik als Mittel des Zwanges, der mit allen Kräften bis zum Sieg oder zur Niederlage durchgeführt wird; man solle nicht vergessen, daß der Massenstreik als Zwangsmittel unsere letzte Waffe ist, die wir einzusetzen haben. Auch den ökonomischen Streik müsse man wohl von dem politischen Massenstreik auseinanderhalten. Ferner gebe es auch nicht an, sich für die gegenwärtige Situation in Preußen auf das Vorbild anderer Länder zu berufen, wo ganz andere Verhältnisse gewesen seien. Unsere Taktik müsse aus den Bedingungen der heutigen Situation in Preußen selbst entwickelt werden.

Rautsch führt nun aus: „Die moderne Kriegswissenschaft unterscheidet zwei Arten von Strategie, die Niederwerfungs- und die Ermattungsstrategie.“

Die erstere zieht ihre Streitkräfte rasch zusammen, um dem Feinde entgegenzugehen und entscheidende Schlöße zu versetzen, in denen dieser niedergeworfen und kampfunfähig gemacht wird. Bei der Ermattungsstrategie dagegen weicht der Feldherr zunächst jeder entscheidenden Schlacht aus; er sucht die gegnerische Armee durch Wandern aller Art stets in Atem zu erhalten, ohne ihr Gelegenheit zu geben, ihre Truppen durch Siege anzufeuern; er strebt danach, sie durch ewige Ermüdung und Bedrohung allmählich aufzubrechen, und ihre Widerstandskraft immer mehr herabzubringen und zu lähmen.

Die gewöhnliche Strategie des Krieges ist die der Niederwerfung. Von vornherein muß sie größere Anstrengungskraft für jeden Kämpfer haben; sie ist einfacher, klarer, anfeuernder. Zur Ermattungsstrategie wird sich ein Feldherr nur dann verziehen, wenn er keine Aussicht hat, durch die Niederwerfungsstrategie zu seinem Ziel zu kommen. Aber auch da ist sie ihm nicht immer verlässlich. Die Ermattungsstrategie setzt Kämpfer voraus, die nicht die Aussicht auf Sieg und Beute zu den Taten führt; die unter allen Umständen, mag kommen, was da will, mit Leib und Seele an ihrer Sache hängen. Sie setzt ferner voraus, daß die Lebensquellen der Armee dem Gegner unzugänglich sind. Die Ermattungsstrategie findet ihr Ende, wenn es dem Gegner gelingt, die Gebiete zu belegen, aus denen die eigene Armee ihre Rekruten, Lebensmittel, Waffen bezieht.

Die Niederwerfungsstrategie war noch in voller Blüte, als unsere Partei gegründet wurde. Die Erfolge Garibaldi in Süditalien, die glänzenden, wenn auch schließlich erfolglosen Kämpfe der politischen Insurrektion gingen unmittelbar

der Vassalischen Agitation und der Gründung der Internationalen vorher. Bald folgte ihnen die Pariser Kommune. Aber gerade diese zeigte deutlich, daß die Tage der Niederwerfungsstrategie vorläufig doch wohl seien. Sie hatte gepöht für politische Zustände, in denen eine Großstadt dominiert, bei unzureichenden Transportmitteln, die es unmöglich machten, rasch große Truppenmassen aus dem Lande zusammenzuführen; bei einer Technik des Straßenbaues und um der Bewaffnung, die für den Straßenkampf manche Chancen bot.

Gerade damals wurden jedoch die Grundlagen gelegt für die neue Strategie der revolutionären Klasse, die Engels schließlich in seinem Vorwort zu den Marx'schen „Klassenkämpfen in Frankreich“ der allen revolutionären Strategie so scharf gegenüberstellte und die man sehr wohl als Ermattungsstrategie bezeichnen kann. Sie hat uns bisher die glänzenden Resultate gebracht, dem Proletariat von Jahr zu Jahr wachsende Kraft verliehen, es immer mehr in den Mittelpunkt der europäischen Politik gedrängt.

Man darf aber nicht etwa meinen, die Einführung der neuen Strategie sei bloß das Produkt höherer Einsicht gewesen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ermattungsstrategie für eine revolutionäre Klasse früher unmöglich war. Dazu mußte erst der Boden geschaffen werden durch das allgemeine Wahlrecht, das Realisationsrecht, die Pressefreiheit, die Vereinsfreiheit.

Oberflächlich darf man andererseits meinen, es mache die Ermattungsstrategie jede Schlacht überflüssig. Das dürfte kaum je der Fall gewesen sein. Die Ermattungsstrategie unterscheidet sich von der Niederwerfungsstrategie nur dadurch, daß sie nicht wie diese, direkt auf den Entscheidungskampf losgeht, sondern ihn lange vorbereitet und sich zu ihm erst dann stellt, wenn sie dem Gegner genügend demoralisiert sein, sollte es gelingen, ihm ohne großes, entscheidendes Ringen die Quellen seiner Waffentmittel zu entreißen.

Friedrich Engels war auch durchaus nicht der Ansicht, die Ermattungsstrategie des Proletariats werde ausreichen und ihm den großen Endkampf um die politische Macht ersparen. Wenn sein „politisches Testament“ von revolutionärscher Seite so ausgelegt wurde, so tat sie ihm damit Gewalt an.“ (Rautsch wendet sich weiter gegen die falsche Auslegung der Ausführungen Engels' gegen diejenigen, die auf eine Allianz mit bürgerlichen Parteien hinarbeiten.)

„Eine Rede bot aber jenes Engelse „Testament“ infolgedessen, als es nicht darüber sagte, welche Kampfmittel dem Proletariat für den Fall zu Gebote ständen, den es für sich anmah, daß unsere Gegner, durch das unaufhaltsame Wirken unserer Ermattungsstrategie zur Verzweiflung gebracht, eines schönen Tages einen Gewaltstreik versuchten, um uns von unserer Basis abzuhjunden. Die Antwort war in der belagerten Paris bereits gegeben, als Engels sein „Testament“ schrieb, sie hat im Jahrzehnt später die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie gefunden, nachdem eine Reihe weiterer praktischer Erfahrungen gesprochen. Der Massenstreik kann unter Umständen ein Mittel werden, die Ermattungsstrategie im politischen Kampfe des Proletariats in die Niederwerfungsstrategie überzuführen, wenn die erstere unzureichend oder unmöglich wird. Hier ist das Wort Massenstreik im Sinne von Zwangsmittel zu nehmen. Ueber den Demonstrationstreik brauchte man nicht so lange zu diskutieren. Den hat unsere Partei bereits seit 1890 ohne weiteres akzeptiert, als sie die Arbeitsruhe für die würdige Feier des 1. Mai erklärte.“

Wenn heute die Frage aufgeworfen wird, ob es unsere Aufgabe ist, auf den Ausbruch eines Massenstreiks hinzuwirken, so heißt das nichts anderes als die Frage aufwerfen, ob die Fortführung der bisherigen Ermattungsstrategie unserer Partei jetzt schon unmöglich geworden ist oder unsere Partei schwer bedroht.

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht darum, zu untersuchen, welche Aussichten ein Massenstreik haben mag, den irgend ein plötzliches Ereignis, sagen wir ein Blutbad nach einer Straßendemonstration, ganz spontan ohne unser Zutun herbeiführt. Darüber ist den Kopf zu zerbrechen wäre zwecklos, weil wir über die Bedingungen eines derartigen Ereignisses nichts wissen, darauf auch gar keinen Einfluß haben. Was hier zur Erörterung steht, ist die Frage, ob unsere Ermattungsstrategie nicht länger mehr am Platze ist; ob die Situation sich so geändert hat, daß die Niederwerfungsstrategie bessere Erfolge verspricht, aber ob gar die erstere Strategie unmöglich wird, ob sie bei längerer Fortdauer zur Demoralisierung der eigenen Reihen führen muß; ob, um diese zusammenzuhalten und mit Kampfesmut und Zuversicht zu erfüllen, die Einleitung einer neuen Taktik unerlässlich ist, die wie unter Übertragung eines militärischen Begriffs in die Welt der Politik, als die der Niederwerfung bezeichnet haben, als Taktik der Niederwerfung des Widerstandes der Gegner des gleichen Wahlrechts durch einen gewaltigen Sieg.

Die erste Frage, die wir da zu erörtern haben, geht dahin: Ist unsere Situation wirklich eine solche, daß uns nur die Wahl bleibt zwischen Massenstreik oder Zusammenbruch der Massenkaktion? In einem weiteren Artikel will Genosse Rautsch seine Betrachtungen zu Ende führen.

Parteinachrichten.

Minimzüge. In der G. S. wurde der von der Partei und den Genossinnen geplante Minimzug genehmigt, jedoch mit dem Bemerkn, daß keine rote Fahne getragen werden darf. Nach dem Umzug findet eine Ver-

sammlung auf dem städtischen Ballplatz statt. — Die demokratische Polizei genehmigte zum erstenmal zur Maifeier einen Umzug und eine Versammlung unter freiem Himmel.

Die Maifeier in Leipzig. In einer Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises (Leipzig Stadt und Land) wurde am 8. April beschloffen, die Maidemonstration in der Weise zu begreifen, daß nach einer größeren Anzahl von Mittagerversammlungen die Teilnehmer gemeinsam nach Eisdörfer spazieren. Dort werden fünf große Versammlungen (davon vier unter freiem Himmel) abgehalten. Weiter wurde die Gründung eines Interaktionsfonds für die Matiausgewerkschaften für den Wahlkreisbezirk Leipzig (11., 12., 13. und 14. sächsischer Reichstagswahlkreise) beschloffen. Die gewerkschaftlich und politisch organisierten sollen jährlich einmal im April einen Beitrag in Höhe von 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder leisten. Die Beiträge für diesen Fond werden, sobald das Gewerkschaftsstatut zugestimmt hat, schon in diesem Jahre erhoben.

Gewerkschaftliches.

Die Erfolge der Tarifbewegung in der Holzindustrie lassen sich recht leicht, nun die Bewegung ihrem Ende zuneigt, in vollem Umfange übersehen. Es wurde erreicht an Arbeitszeiterhöhung: In 2 Städten mit 1900 Arbeitern 3 Stunden pro Woche, in 8 Städten mit 2120 Arbeitern 2 Stunden pro Woche, in 20 Städten mit 10970 Arbeitern 1 Stunde pro Woche. Lohnerhöhung: In 2 Orten mit 400 Arbeitern 3 Pf. pro Stunde, in 5 Orten mit 16000 Arbeitern 3/4 Pf. pro Stunde, in 19 Orten mit 13740 Arbeitern 4 Pf. pro Stunde, in 16 Orten mit 6170 Arbeitern 5 Pf. pro Stunde, in 2 Orten mit 1250 Arbeitern 6 Pf. pro Stunde. Auch in den Orten, in denen zunächst eine Verhinderung zwischen den Parteien nicht zustande kam, gelang es dem Gemäch der beiderseitigen Zentralverbände, nach und nach eine Einigung herbeizuführen. Bisher ist es nur in einem Falle, bei der Firma Heymann in Eilen-König zum Zustand gekommen, weil die Firma sich hartnäckig weigert, den getroffenen Vereinbarungen zu entsprechen. Die Holzarbeiter hoffen, den Herrn Heymann binnen Kurzem zur Anerkennung des Tarifes zu bringen.

Der Wuppertaler Färbereistreik beendet. Nachdem die Färbereibetriebe, die ausgeperrt hatten, ihre Betriebe schon vor einer Woche öffneten, aber den erhofften Erfolg nicht erzielten, ist der Streik jetzt, nach zweimonatlicher Dauer, zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter über 21 Jahre erhalten 1 M. Lohnerhöhung, d. h. 25 M. pro Woche, die Arbeitszeit ist auf 58 Stunden die Woche festgelegt, was einer Arbeitszeiterhöhung von 1 bis 2 Stunden die Woche gleichkommt. Die Organisation der Arbeiter wurde anerkannt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die Maschinenfabrik Kugsburg im Kampfe gegen die Techniker. Wie seinerzeit berichtet, hatte die Maschinenfabrik Kugsburg den Ingenieur Scheid vom Band der technisch-industriellen Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt und ihm den Zutritt zur Fabrik verweigert, jedoch weder den nötigen Gehalt ausbezahlt, noch ein Zeugnis ausgestellt. Um erfolgreiche Klage wurde die Maschinenfabrik Kugsburg vom Landgericht Kugsburg verurteilt, dem Kläger Scheid 1000 Mark Gehalt nebst Zinsen auszufinden und ihm ein Zeugnis auszustellen. Gegen dieses Urteil hatte die verurteilte Firma Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. In dieser Sache war zum 7. April Termin angesetzt. Die Maschinenfabrik hat es nun in Voraussicht einer neuen Niederlage vorgezogen, den Anspruch der gegenwärtigen Partei voll zu erfüllen und zum Termin nicht zu erscheinen. Die Streitsache hat damit ihre endgültige Entscheidung zugunsten des Klägers Scheid gefunden. Das scharfmäherische Vorgehen der Maschinenfabrik Kugsburg gegen die Mitglieder des Bundes technisch-industrieller Beamten ist kläglich ins Wasser gefallen.

lokales.

Wilhelmshaven, 12. April.

Im Lehrerverein Rättrigen Wilhelmshaven hielt am gestrigen Abend Herr Dr. Schaefer-Bremen seinen ersten Vortrag aus dem Thema: „Widert Dürer und die Kunst seiner Zeit“, betitelt: Dürer als Mensch und Maler. Die Lebensgeschichte Dürers spielte sich hauptsächlich in seiner Vaterstadt Nürnberg ab, die in der Blütezeit des Künstlers das Zentrum der Kunst war. Dürer war der dritte Sohn seiner mit 18 Kinder gesegneten Eltern. Auch er sollte gleich seinem Vater die Goldschmiedekunst erlernen, die damals das vornehmste Handwerk war. Doch zeigte er wenig Lust zu diesem Beruf, sodah der Vater seinen Wunsch, Maler zu werden, dadurch erfüllte, daß er ihn bei dem Maler Michel Wohlgemut in die Lehre gab. Dieser war halb Handwerker, halb Künstler, und beschäftigte viele Gelehrten. Dürer, der damals 12 bis 13 Jahre alt war, sagte später, daß er dort viel gelernt, aber auch viel von den Gelehrten gelitten habe, da man zur damaligen Zeit einen Künstler auf gemein nicht hochkommen ließ. 1490 begab sich Dürer auf die Wanderschaft. Von Venezia, wo er sich lange Zeit aufhalten und mehrere große Werke seiner Kunst geschaffen hatte, kehrte er im Jahre 1492 nach Nürnberg zurück. Er heiratete die Tochter eines Freundes seines Vaters. Die Ehe war glücklich, aber kinderlos. Das Jahr 1512 war das fruchtbarste Jahr seiner Arbeiten, welche ihn nunmehr mit dem Bolle bekannt machten. Sein ganzes Schaffen



★ Feuilleton. ★

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

(11. Fortsetzung)

Nachdruck verboten

Dulters blickte auf. „Woher weißt du das?“ Im Augenblick dachte er gar nicht an den wahren Grund, weshalb er sich dem Gemüthe fernerhin zeigen wollte...

„Dann empfinde ich das auch jeden Falls tiefe Reue, wenn du dort bist, nicht wahr?“ „Ich weiß es nicht“, sagte Dulters ebenso leise wie vorher.

„Wissen, der einen bestimmten Zweck mit dieser Unterhaltung verband, begann ihm zu verdrossen, gerade deswegen empfand er auch ein Bedürfnis nach Ruhe.“

Dulters nickte nur wie abwesend. Auch er hatte sich längst mit dem Gedanken vertraut gemacht, es werde plöglich eine Werbung in seinem Dasein eintreten...

Was ihm allein noch aufrecht erhielt, war die Liebe zu seiner Einlein und der Hof gegen Lux. Wenn er jetzt noch fliehen möchte, in die russischen und galizischen Wälder hinein...

Dulters blieb unerbittlich. Zum erstemal hatte er das Gefühl der erreichten Vergeltung. Triumphierend dachte er auf sein verbrieftes Recht und ordnete an...

wie als möglich Arbeiter anstellen sollte, um im Laufe der nächsten Jahre den Betrieb gänzlich ins Werk zu legen.

Einige Wochen darauf begegnete er Lux wieder zufällig auf der Straße. Dulters, der ihn schon lange nicht gesehen hatte, wollte ihm aus dem Wege gehen...

„Wenn Sie rausgehen werden, Herr Graf,“ gab Dulters sichtlich gekränkt zurück.

„Dies Geständnis wird Ihnen recht schwer, wie es scheint, mein Bester,“ sagte Lux wieder, indem er ihn wie zuvor fixierte.

„Reinen Sie?“ „Gewiß, Verzeihen Sie. Ich habe Sie immer für einen großen Menschenfreund gehalten.“

„Herr Graf!“ Noch niemals hatte er den überlegenen Spott dieses Mannes so empfunden, wie gerade jetzt. In seinen Augen, die verborgen hinter den Falten lagen...

„Nur keine unmäßige Erregung, mein Bester,“ sagte er aufso neue mit herablassendem Acheln.

Unwillkürlich waren sie zusammen weitergegangen. Dulters empfand auch neue den verdritten Sohn, trotzdem alles wohlmeinend klingen sollte.

„Es war im Frühjahr, und er wollte durch den Tiergarten nach Hause gehen. Früher Erdgeruch lag in der Luft, die erwidert war von der Sonne des Aprils.“

Wie hell wird der Halley'sche Komet im Mai werden? Der astronomische Mitarbeiter der Zeit. Zig. schreibt: Ueber die Helligkeit, die der Halley'sche Komet...

Kleines Feuilleton.

Wie hell wird der Halley'sche Komet im Mai werden? Der astronomische Mitarbeiter der Zeit. Zig. schreibt: Ueber die Helligkeit, die der Halley'sche Komet...

vor der Sonnennähe des Gestirns, die sich auch diesmal Ende Januar und Anfang Februar bereits eingestellt hat. Mitte Mai wird der Komet, der schon seit letzter Zunahme ohne Fernrohr wahrnehmbar ist...

Humor und Satire.

Der Komet kommt! Die eberne Schnauze. „Teufel, nehmen Sie mal diesen Kometen und lassen Sie ihn gegen die Erde los, wie soll gänzlich vernichtet werden!“

In Althannern bestimmt ein Warrer seine lieben Glaubigen, ihr Geld vor dem Weltuntergang seiner geistlichen Obhut anzuvertrauen. Das Geschleichen des Kometen hat Angst und Schrecken hervor...

In der Oberpfalz heißt der Komet an der Köpfe der Zentrums-wähler und trägt schwere Beulen davon. In Deutschland trifft der Komet keine alten Freunde...

In München wird zum erstenmal ein Kometen-Konkurrenz-Gesellschaft gegründet. Die Familie Hohenjollerer siedelt nach dem Untergang der Erde auf dem Mars über...

Zu vermieten umständehalber auf Mai eine Ober- und eine Unterwohnung. Fr. Fr. Mäbiker, Epaar.

Zu vermieten eine Oberwohnung z. 1. Mai, mon. 12 Mr. Epaar, Schäfersstr. 5. Dreiräum. Unterwohnung z. 1. Mai Einzugsd. 23 zu vermieten Schmidt, Heppens, Wäbnersstr. 9.

Gesucht auf sofort zwei Bau-Tischler Johann Heinrich Zinn, Vorsten bei Reinstädtd. Gesucht ein Stundenmädchen für den ganzen Tag. Jeps, Wäbnersstr. 63.

Mädchen gesucht für den ganzen Tag. H. Heing, Meher Weg 8. Ein Bädergeselle zur Aushilfe auf sofort gesucht. Herrn. Janßen, Peterstr. 32. Gesucht auf sofort ein Ehemädchen. Franz Stromberg, Heppens. Gesucht auf sofort ein Ehemädchen aus guter Familie. S. Janover.

Gesucht ein Klempner. Richter, Frieberikenstr. 15. Der Fischverkauf am Hafen Ende der Königstr., beginnt am Mittwoch morgen 8 Uhr. Mietverträge bei Hög & Co.



**Bekanntmachung.**  
Gemeinde - Feuerwehr Bant.  
— Bezirk III. —  
Donnerstag den 14. April cr.,  
abends 8 Uhr:

**Übung beim Spritzenhaus**  
Die ausstehenden Mitglieder  
haben ihre Uniform und Ver-  
binden daselbst abzugeben.  
**Der Brandmajor.**  
Wilh. Köhler.

**Verkauf.**

Pferdehändler G. Feels zu Neu-  
ende läßt am  
Donnerstag den 14. ds. M.  
nachmittags 2 Uhr anfangend,  
in und bei Joh. Folkers Gast-  
haus zu Neuende:



Ca. 20 Stück  
„starke“

**Arbeits - Pferde**

worunter Oldenburger,  
Dänen u. Ruffen, sowie



40 bis 50 Stück  
große und kleine

**Schweine**

mit Zahlungsfähigkeit öffentlich meist-  
bietend verkaufen.  
Neuende, den 9. April 1910.

G. Gerdes,  
Auktionator.

**Zu verkaufen  
Bauplatz**

im Mittelpunkt der Stadt.  
B. H. Bührmann.

**Verpachtung v. Gemüseland**

hinter dem Schlachthofe.  
Der Händler Scharrenbeck  
in Bant läßt am  
Mittwoch den 13. April,  
nachm. 6 Uhr,  
mehrere hinter dem Schlach-  
thofe belegene

**Gemüseäcker**

öffentlich meistbietend verpachten,  
wozu Liebhaber hiermit ein-  
laden werden.

Rechnungskeller Reents  
Heppens, Bülowstraße Nr. 7.  
Fernspr. 632.



**Nordseefischhalle Grenzstraße 7**  
Alle Wüstenstraße. — Telefon 709.  
Schellfische, 12, 15, 20, 25, 30 Pf.  
Ablau im Anschnitt . . . 16 Pf.  
Auerhahn . . . 16 Pf.  
Schollen, große . . . 25, 30 Pf.  
Nichtarborade . . . 16, 20, 40 Pf.  
Wotungen . . . 20, 25, 30 Pf.  
Achte Kieler Spalten 2 Pf. — Rote  
25 Pf., 4 Pf. — Rote 1.10 RT.

**Frauen!**

Bei Beschwerden, Störungen und Stockungen der Blutzirkulation  
gebrauchen Sie bitte meine echten extraktierten  
•• **Menstruationstropfen „Favorit“** ••  
à Flasche 6 Mk., zur Erhöhung u. Beschleunigung der Wirksamkeit  
sehr empfehlenswert „Freibar“-Tee à 1.25 Mk.  
E. Homberg, Marktstraße 27a.

**Hahn im Korbe**  
Ist bei allen Hausfrauen die  
Spezial-Margarine-Marke  
**Solo**  
Sie kommt in jeder Beziehung allerfeinster  
**Butter**  
gleich, ist jedoch bedeutend billiger.  
Man versuche auch die Delikatess-Margarine  
**Rheinperle**  
den beliebten Butter-Ersatz  
der feinen Küche!  
Allein-Fabrikanten: HOLL. MARGARINE WERKE  
JURGENS & FRINZEN, G. m. B. N. GOCH (BRIG.)

Vertreter: Gebr. Gehrels, Wilhelmshaven.

Infolge gütlicher Abschlüsse mit der größten Firma  
der Branche bin ich in der angenehmen Lage, in

**Wring - Maschinen**

ein besonders vorteilhaftes Angebot zu machen.  
Primus Haushaltungswringer „Germania“, Walzen-  
länge 33 cm . . . . . 10.00 RT.  
Ideal-Wringer, Walzenlänge 36 cm, Doppel-Feder-  
System . . . . . 13.50 RT.  
Ideal-Heißwringer, Walzenlänge 36 cm, besonders  
widerstandsfähig gegen heißes Wasser 15.00 RT.  
Ideal-Heiß-Dauerwringer, Walzenlänge 36 cm,  
mit 1 Parawolze . . . . . 17.00 RT.  
mit 2 Parawolzen . . . . . 19.00 RT.  
Sämtliche vorstehenden Wringer haben sich von und  
ganz bewährt und sind durchaus als die besten zu bezeichnen.

Neubeziehen defekter Walzen billigst.

**J. Egberts**  
Großes Geschäftshaus.

**Persil**  
wäscht schnell, mühelos und billig bei  
größerer Schonung der Wäsche  
Alleinige Fabrikanten:  
Henkel & Co., Düsseldorf,  
auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten  
**Henkel's Bleich-Soda.**

**Abonniert das Nordd. Volksblatt!**

Den geehrten Bewohnern von Sanderbusch  
und Umgegend zur gefäll. Kenntnisnahme,  
daß ich neben meinem Kolonial-, Porzellan- und  
Kurzwaren-Geschäft eine  
**Fahrrad-Handlung**  
eröffnet habe. Ich führe nur erstklassige Ware zu zivilen  
Preisen und bitte bei Bedarf um geneigte Abnahme.  
Sämtliche Zubehörteile halte auf Lager. Reparaturen  
lasse durch einen Sachverständigen zu billigen Preisen prompt  
erledigen.  
Richtungswoll  
**Diedrich Becker, Sanderbusch.**

**Gemeinde-Badeanstalt Bant, Oldeogestraße 12.**

Geöffnet wochentags 8 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr; Sonnabends  
bis 10 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr vormittags.  
Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Montag und Donnerstag  
nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.  
Bereitgestellt werden außer Reinigungsgebädern, alle medizinischen  
Bäder, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 30 Pf., für zwei  
Kinder 30 Pf., Brausebäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf-  
und Geyserbad 80 Pf., Ganzmassage 70 Pf. Teilmassage 50 Pf., elektr.  
Wasserbad 1 RT., elektr. Bogenlichtbad 2 RT., elektr. Glühlichtbad 1.50 RT.,  
elektr. Lohannisbad, Patent Stanger, schwach 2.25 RT., stark 3.50 RT. u.  
Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

**Wilhelm Harms :: Nordenham**  
•• Hansingstraße 10. ••  
**Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak**  
Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.  
Annahme von Drucksachen  
aller Art für Handel u. Privat  
unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

**Nordenham.**  
Meine Wäscherei u. Plätterei  
bringe in empfehlende Erinnerung.  
**Frau Martha Druß**  
Biktoriastraße 14, 2. Etage.

**Zur einstragenden  
Anlegung von Geldern**  
empfehle ich vierprozentige  
**mündellichere Kommunal-  
Obligationen**  
in Stücken von 300, 500, 1000 und  
3000 RT. Sicherheit Kapitalanlage.  
Jederzeitige Realisierung.  
**B. H. Bührmann.**

**Zu verkaufen**  
ein fast neuer Kinderwagen mit  
Gummireifen. Mühlentischstr. 31, I.  
**Prima Füllfleisch**  
empfiehlt  
**Claasen & Winkler**  
Bant und Heppens.

**Zu verkaufen**  
eine Bettstelle mit Matratze, fast  
neu, eine große Badewanne, ein  
vollständiges Bett, eine Wanduhr.  
Kloontstraße 17, Hintereck.

Wer  
kostenl. Nebenverdienst, Exz-  
tens od. Versandgeschäft sich  
verschaff. will, schreibe a. d.  
Rhein. Maschinen-Industrie,  
G. m. B. G., Mehlent-Rhein, Eberhard,  
höbet monatl. Erwerb garantiert.

**Bürgerl. Privat-Mittagstisch**  
gesucht. Offerten unter Mittagstisch  
an d. Exped. d. Bl. erbeten.

**Umständehalber sehr billig  
zu verkaufen**  
1 Vertikow, 1 grünes Büchschloß,  
1 rotes Büchschloß, 1 Sofa, 1 wie-  
Stühle, 1 Trumcaux, 1 Burgard-  
robe und verschiedene Bilder.  
Bant, Grenzstr. 20 b, 1. Et. I.

**Konsum- u. Sparverein**  
für Bant und Umgegend.  
e. G. m. B. H.  
Wir empfehlen unseren Mit-  
gliedern unsere

**Sparkasse**  
zur fleissigen Benutzung.  
Einlagen werden mit 4 Proz.  
verzinst. Täglich geöffnet vorm.  
von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, nachm.  
von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 5 Uhr.  
**Der Vorstand.**

**Zu verkaufen**  
ein zweirädriger Handwagen mit  
kompletem Rasten. Zu erfragen in  
der Exped. d. Bl.

**Unentgeltliche Stellenvermittlung**  
für weibliche Dienstboten  
befindet sich bei Frau **Wahrle**,  
Bant, Bülowstraße 21.

**Wasserglas**  
zum Reinigeren von Eisen.  
**J. H. Cassens, Schaar u. Bant.**